Parteienrepräsentation: Wie beweist eine allein regierende Partei, dass sie das gesamte Volk vertritt?

Version 1.1 · Revised 24 November 2026 (First published 18 November 2026)

Canonical URL: https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/de-cce-025-parteienrepraesentation-wie-beweist-eine-allein-regierende-partei-dass-sie-das-gesamte-volk-vertritt/ (latest version at this URL)

© 1998-2026 Free China Movement

Contact: contact@freechina.live · https://freechina.live

---

1. Woher die Frage kommt

Wenn eine Partei behauptet, das gesamte Volk zu vertreten, ist dieser Satz selbst kein Beweis, sondern eine Behauptung, die geprüft werden muss. Wen sie vertritt, wer darüber urteilt und was geschieht, wenn das Urteil falsch ist — diese drei Fragen entscheiden darüber, ob der Satz wahr oder falsch ist.

Diese Frage hat in der chinesischsprachigen Welt zwei völlig unterschiedliche Antworten. Die Verfassung der VR China (Festland) schreibt fest, dass die Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) das wesentlichste Merkmal des Sozialismus chinesischer Prägung ist, und zugleich, dass alle Macht dem Volke gehört. Die ROC (Taiwan) hingegen ist den entgegengesetzten Weg gegangen: Eine lange regierende Partei hat schließlich das Urteil der Wahlen akzeptiert und die Macht an ihre Gegner übergeben. Dieser Beitrag klärt zunächst, was „Vertretung" bedeutet, und prüft dann beide Antworten daraufhin, welcher Prüfung sie jeweils standhalten.

Dies ist keine abstrakte theoretische Frage. Die Systeme beiderseits der Taiwanstraße behaupten gegenüber der Welt, das Volk zu vertreten, und beide haben diese Behauptung in ihr Grundgesetz geschrieben. Eine Behauptung kann in eine Verfassung geschrieben werden; beweisen lässt sie sich nur aus dem System selbst: Kann das Volk ermächtigen, kann es die Ermächtigung zurücknehmen, kann es die Regierenden absetzen, wenn sie Fehler machen? Ohne diese Möglichkeiten ist „das gesamte Volk vertreten" nichts als ein Slogan.

2. „Vertretung" hat vier Bedeutungen

Die Politikwissenschaftlerin Hanna Pitkin wies 1967 darauf hin, dass „Vertretung" nicht eine Bedeutung hat, sondern vier verschiedene Beziehungen bezeichnet. Erstens, Autorisierungs-Repräsentation: Die Macht der Vertreter stammt aus einer ausdrücklichen Ermächtigung der Vertretenen, und die Ermächtigung kann zurückgenommen werden. Zweitens, Rechenschafts-Repräsentation: Die Vertreter müssen den Vertretenen regelmäßig Rechenschaft ablegen; bei schlechter Leistung können sie abgesetzt werden. Drittens, deskriptive Repräsentation: Die Vertretungskörperschaft bildet in ihrer Zusammensetzung das Volk im Kleinen ab — alle Schichten und alle Volksgruppen sind in ihr vertreten. Viertens, substantielle Repräsentation: Das Handeln der Vertreter entspricht wirklich den Interessen der Vertretenen.

Diese vier Bedeutungen lassen sich getrennt prüfen. Eine Partei kann in beschreibender Hinsicht dem Volk sehr ähnlich sein — ihre Vertreter kommen aus allen Berufen und Schichten — und zugleich in Ermächtigung und Rechenschaft jeder Kontrolle durch das Volk entzogen sein; sie kann auch eine Ermächtigung gewonnen haben und die Interessen ihrer Wähler in der Sache dennoch verraten. Genau darin liegt das Problem der allein regierenden Partei: In der deskriptiven Repräsentation bemüht sie sich am meisten, der Prüfung von Ermächtigung und Rechenschaft weicht sie am meisten aus.

Wahlen sind das System, das Ermächtigung und Rechenschaft in einem vereint. Bernard Manin hat darauf hingewiesen, dass die Stimmabgabe zwei Dinge zugleich tut: Sie ermächtigt eine Regierung zu regieren, und sie behält das Recht, die Regierung bei der nächsten Wahl auszuwechseln. Regelmäßige, kompetitive Wahlen sind deshalb wichtig — nicht, weil sie garantieren, dass die Besten gewählt werden, sondern weil sie den Wechsel der Regierenden auf friedlichem, institutionalisiertem Wege ermöglichen. Ein System ohne kompetitive Wahlen kann behaupten, die Interessen des Volkes zu kennen, aber es kann dem Volk keine Möglichkeit geben, es zu korrigieren, wenn sein Urteil falsch ist.

3. Die Antwort der VR China (Festland): Volkskongress, Massenlinie und Konsultation

Die Verfassung der VR China (Festland) beantwortet die Frage mit einer Kombination von Institutionen. Artikel 2 der Verfassung schreibt fest, dass alle Macht dem Volke gehört und dass die Organe, durch die das Volk die Staatsmacht ausübt, der Nationale Volkskongress (NVK) und die Volkskongresse der verschiedenen Ebenen sind. Der 14. Nationale Volkskongress hat 2.977 Abgeordnete, darunter 497 Arbeiter und Bauern (16,69 %), 790 Frauen (26,54 %) und 442 Angehörige nationaler Minderheiten, die alle 55 Minderheiten abdecken. Die Abgeordneten der Volkskongresse auf Kreis- und Gemeindeebene werden von den Wählern direkt gewählt, die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses dagegen von den Volkskongressen der Provinzebene indirekt.

Ein zweiter Strang ist die Massenlinie. Am 1. Juni 1943 stellte Mao Zedong in seinem Text „Einige Fragen zu den Methoden der Führung" fest, dass richtige Führung notwendigerweise „von den Massen kommt und zu den Massen geht". Diese Linie besteht in der heutigen Formulierung fort: Die Partei sammelt über ihre Basisorganisationen die Meinungen des Volkes und setzt die gebündelten Meinungen dann um. Ein dritter Strang ist die konsultative Demokratie. Xi Jinping stellte 2013 fest, dass die konsultative Demokratie eine besondere Form und ein besonderer Vorzug der sozialistischen Demokratie Chinas sei und eine wichtige Verkörperung der Massenlinie der Partei im politischen Bereich; die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV) ist die „umfassendste Organisation der patriotischen Einheitsfront". Am 2. November 2019 brachte Xi Jinping in Shanghai den Begriff der „ganzheitlichen Volksdemokratie" auf; im März 2021 wurde dieser Begriff in das Organisationsgesetz des Nationalen Volkskongresses aufgenommen; am 4. Dezember 2021 veröffentlichte der Staatsrat das Weißbuch „Die Demokratie Chinas", in dem diese Auffassung systematisch dargelegt wird.

Diese Institutionen haben eine gemeinsame Voraussetzung, die in Artikel 1 der Verfassung steht: der 2018 bei der Verfassungsänderung eingefügte Satz — „Die Führung der Kommunistischen Partei Chinas ist das wesentlichste Merkmal des Sozialismus chinesischer Prägung." Dieselbe Verfassung sagt in Artikel 2, dass alle Macht dem Volke gehört, und in Artikel 1, dass die Führung der Partei das wesentlichste Merkmal ist; beide Sätze stehen nebeneinander, und die Führung der Partei unterliegt keiner Wahlprüfung. Der offizielle Wahlbericht schreibt ausdrücklich, dass alle neu gewählten Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses die Führung der Partei unterstützen. Ende 2023 hatte die Kommunistische Partei Chinas 99,185 Millionen Mitglieder — weniger als ein Zehntel der Wählerschaft —, doch sie entscheidet darüber, wem die höchste Macht zufällt.

Die Partei hat noch eine zweite Begründung für ihre Repräsentativität. Die Theorie der „Drei Vertretungen" besagt, dass die Partei die Entwicklungsanforderungen der fortgeschrittenen Produktivkräfte Chinas, die fortschrittliche Richtung der Kultur und die grundlegenden Interessen der überwältigenden Mehrheit des Volkes vertritt; diese Theorie wurde 2004 in die Verfassung aufgenommen. Die Politische Konsultativkonferenz versammelt Persönlichkeiten aus allen Kreisen nach

Berufsgruppen und berät unter der Führung der Partei. Doch ob „Drei Vertretungen" oder Konsultation in der Politischen Konsultativkonferenz — das Recht, festzulegen, wer Vertreter ist und was Vertretung bedeutet, liegt bei der Partei: Die Partei sagt selbst, wen sie vertritt und was sie vertritt, ohne dass die Vertretenen dies durch eine Abstimmung bestätigen müssten. Genau das ist die strukturelle Schwäche der Repräsentativitätsbehauptung einer allein regierenden Partei — Behauptender und Richter sind ein und dieselbe Person.

4. Die Einparteienzeit der ROC (Taiwan): eine Verfassung, zwei Vertretungen

Auch die Verfassung der ROC (Taiwan) schrieb ursprünglich Volkssouveränität fest. Artikel 2 der Verfassung: „Die Souveränität der Republik China gehört dem gesamten Volk." Artikel 17: Das Volk hat das Recht zu wählen, abzuberufen, Gesetze zu initiieren und über sie abzustimmen; Artikel 129: Alle in der Verfassung vorgesehenen Wahlen werden — sofern die Verfassung nichts anderes bestimmt — in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Abstimmung durchgeführt. Die Verfassung wurde am 25. Dezember 1946 verabschiedet und trat am 25. Dezember 1947 in Kraft.

Doch die 1948 erlassenen „Vorläufigen Bestimmungen für die Zeit der nationalen Mobilmachung zur Niederschlagung der kommunistischen Rebellion" froren dieses System ein, und 1949 wurde in der ROC (Taiwan) das Kriegsrecht verhängt. In den 38 Jahren des Kriegsrechts regierte die Kuomintang (KMT) als Einpartei; die zentralen Volksvertreter, die 1947 und 1948 auf dem Festland gewählt worden waren, wurden nicht mehr neu gewählt, und die Auslegung Nr. 31 des Justiz-Yuan aus dem Jahr 1954 lieferte die Grundlage für diese unbefristete Amtsführung; in derselben Zeit unterdrückte der Weiße Terror im Namen der nationalen Sicherheit politische Dissidenten, wofür sich Präsident Ma Ying-jeou 2008 entschuldigte. Zugleich fanden auf lokaler Ebene weiterhin Wahlen statt: Im Januar 1951 fand in Taipeh die erste Bürgermeisterwahl statt, bei der Wu San-lien mit 65,5 % der Stimmen gewählt wurde; ab 1969 begann die Zentralregierung, einen Teil der Sitze der zentralen Vertretungskörperschaften regelmäßig durch Zusatzwahlen zu besetzen. Die Tangwai-Bewegung (außerhalb der Partei) wuchs gerade in den Zwischenräumen dieser begrenzten Wahlen: 1977 gewann die Tangwai im Provinzparlament 21 von 77 Sitzen und bei den Wahlen der Landräte und Bürgermeister 4 von 20 Sitzen; im selben Jahr brannte im Zhongli-Zwischenfall eine aufgebrachte Menge wegen Wahlbetrugs bei der Stimmenauszählung ein Polizeirevier nieder. Nach dem Kaohsiung-Zwischenfall vom 10. Dezember 1979 wurden die Führer der Tangwai verhaftet und inhaftiert. Am 28. September 1986 wurde die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) gegründet, als das Kriegsrecht noch in Kraft war, und die Behörden duldeten sie.

5. Die Transformation der ROC (Taiwan): Wie die Vertretungsmacht in die Hände der Wähler zurückkehrte

Der entscheidende Schritt der Transformation kam von der Justiz. Am 21. Juni 1990 entschied der Justiz-Yuan in der Auslegung Nr. 261, dass die nie neu gewählten Volksvertreter der ersten Wahlperiode ihr Amt spätestens am 31. Dezember 1991 niederlegen müssten. Am 22. April 1991 hob die erste Nationalversammlung die „Vorläufigen Bestimmungen für die Zeit der nationalen Mobilmachung zur Niederschlagung der kommunistischen Rebellion" auf; am 31. Dezember desselben Jahres traten alle altgedienten Volksvertreter zurück. Am 19. Dezember 1992 wurde der Legislativ-Yuan mit 161 Sitzen vollständig neu gewählt. Am 23. März 1996 fand in der ROC (Taiwan) die erste direkte Präsidentschaftswahl statt, bei der Lee Teng-hui mit 54 % der Stimmen gewählt wurde. Am 18. März 2000 wurde Chen Shui-bian zum Präsidenten gewählt und beendete die 55-jährige Herrschaft der Kuomintang; 2008 wurde Ma Ying-jeou gewählt, und der Parteienwechsel wurde zur Normalität; 2016 wurde Tsai Ing-wen gewählt, die erste Präsidentin; am 13. Januar 2024 wurde Lai Ching-te mit 40,05 % der Stimmen gewählt, bei einer Wahlbeteiligung von 71,86 %, während im Legislativ-Yuan die Kuomintang 52 Sitze, die Demokratische Fortschrittspartei 51 Sitze und die Taiwanische Volkspartei (TPP) 8 Sitze erhielten und keine Partei eine Mehrheit hatte.

Auch das in Artikel 17 der Verfassung verankerte Abberufungsrecht ist kein bloßer Papiertiger. Am 6.

Juni 2020 wurde der Bürgermeister von Kaohsiung, Han Kuo-yu, mit 939.090 Stimmen abberufen und war damit der erste direkt gewählte Bürgermeister einer regierungsunmittelbaren Stadt in der Geschichte der ROC (Taiwan), der abberufen wurde. Dass eine Ermächtigung zurückgenommen werden kann, hat in der ROC (Taiwan) ein Beispiel bekommen.

Nach der Transformation entwickelte sich das System weiter. Die Verfassungsänderung von 2005 schaffte die Nationalversammlung ab; der Legislativ-Yuan wurde zum einzigen Parlament, und künftige Verfassungsänderungen bedürfen der Bestätigung durch Volksabstimmung. 2019 wurde die ROC (Taiwan) die erste Region Asiens, die die gleichgeschlechtliche Ehe gesetzlich schützte. Die Wahl von 2024 zeigte die tatsächliche Funktionsweise von Gewaltenteilung und gegenseitiger Kontrolle: Der Präsident gehört der Demokratischen Fortschrittspartei an, doch im Legislativ-Yuan hat keine Partei eine Mehrheit, sodass die Regierungspartei im Legislativ-Yuan um Unterstützung werben muss. Keine Partei kann sich garantieren, ewig zu regieren — genau so sieht es aus, wenn die Vertretungsmacht in die Hände der Wähler zurückgekehrt ist.

6. Zwei Antworten, vier Prüfungen

Zurück zu Pitkins vier Bedeutungen — der Vergleich wird dann klar.

Ermächtigung: Präsident, Abgeordnete und Landräte bzw. Bürgermeister der ROC (Taiwan) werden von den Wählern direkt gewählt, ihre Amtszeiten sind fest, und Wahlen finden fristgerecht statt; die Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses der VR China (Festland) werden indirekt gewählt, nur unterhalb der Kreisebene wird direkt gewählt, und die oberste Führung entsteht nicht durch kompetitive Wahlen.

Rechenschaft: Amtsträger der ROC (Taiwan) können Wahlen verlieren und können abberufen werden; nach der Wahl von 2024 verlor die Regierungspartei die Mehrheit im Legislativ-Yuan. Die Amtsträger der VR China (Festland) sind nur ihren Vorgesetzten gegenüber verantwortlich; die Verfassungsänderung von 2018 hob die Amtszeitbegrenzung für den Staatspräsidenten auf, und die Änderung wurde mit 2.958 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen verabschiedet — eine solche Stimmenzahl zeigt für sich genommen, dass die Abstimmung keine Prüfung war, sondern eine Bestätigung.

Beschreibung: Der Volkskongress der VR China (Festland) ist in seiner Zusammensetzung tatsächlich breit — Arbeiter und Bauern, Frauen und nationale Minderheiten sind vertreten; auch der Legislativ-Yuan der ROC (Taiwan) hat garantierte Sitze für indigene Völker und Sitze nach Parteilisten. Doch deskriptive Repräsentation kann Autorisierung und Rechenschaft nicht ersetzen: Ein Abgeordneter, der dem Volk noch so ähnlich ist, kann einen unbeliebten Regierenden nicht abwählen.

Substanz: Dies ist der am schwersten zu prüfende Punkt und zugleich der am heftigsten umstrittene. Die offizielle Auffassung lautet, dass die ganzheitliche Volksdemokratie nach ihren Ergebnissen beurteilt werden sollte — danach, ob die Regierung das Leben des Volkes verbessert. Die Einschätzung unabhängiger Wissenschaftler ist eine andere: Cabestan von der Hong Kong Baptist University weist darauf hin, dass die ganzheitliche Volksdemokratie der Gesellschaft zwar mehr Kanäle gegeben hat, sich Gehör zu verschaffen, dass die Beteiligung aber selektiv und von den Behörden gesteuert bleibt — „Partizipation ohne Demokratie". Der Bericht von Freedom House aus dem Jahr 2025 liefert eine Reihe von Vergleichszahlen: die ROC (Taiwan) 94 Punkte, eingestuft als „frei"; die VR China (Festland) 9 Punkte, eingestuft als „nicht frei". Auch die Behauptung, nach Ergebnissen zu urteilen, braucht einen Richter: Wenn nur die regierende Partei selbst die Ergebnisse verkünden kann, wird „substantielle Repräsentation" zu einer Aussage, die sich nicht widerlegen lässt.

7. Schluss: Die Beweislast

Will eine allein regierende Partei beweisen, dass sie das gesamte Volk vertritt, liegt die Beweislast bei ihr selbst und nicht bei den Zweiflern. Es gibt vier Weisen des Beweises: das Volk ermächtigen lassen, das Volk Rechenschaft fordern lassen, die Institutionen dem Volk ähnlich machen und die Politik den

Interessen des Volkes entsprechen lassen. Die ersten beiden sind harte Prüfungen, die letzten beiden weiche Belege.

Die Erfahrung der ROC (Taiwan) zeigt, dass eine lange Einparteienherrschaft nicht zwangsläufig ein Endpunkt ist: Dieselbe Verfassung, dieselbe Partei — in der Zeit des Kriegsrechts war die Vertretungsmacht eingefroren, nach der Aufhebung des Kriegsrechts wurde sie wiederhergestellt. Der entscheidende Wandel war nicht ein Wechsel der Verfassung, sondern die Wiederherstellung von Wahl und Abberufung — die institutionelle Möglichkeit für das Volk, „Nein" zu sagen.

Der Antwort der VR China (Festland) fehlt diese Möglichkeit bis heute. Ihr System kann die Meinung des Volkes sammeln, es kann konsultieren, es kann die Zusammensetzung des Volkes beschreiben — doch es gibt kein Verfahren, mit dem das Volk der regierenden Partei die Ermächtigung entziehen könnte. Solange dieses Verfahren nicht existiert, bleibt „das gesamte Volk vertreten" eine ungeprüfte Behauptung und keine bewiesene Tatsache.

Welche Beweise könnten dieses Urteil ändern? Die Antwort ist nicht kompliziert: eine kompetitive landesweite Wahl, eine Wahl, die die Regierungspartei verliert, eine Abberufung, die von den Wählern initiiert und erfolgreich durchgeführt wird. Die Transformation der ROC (Taiwan) wurde gerade von solchen Ereignissen geschrieben. Jede allein regierende Partei, die wirklich beweisen will, dass sie das gesamte Volk vertritt, kann am überzeugendsten handeln, indem sie dem Volk eine Möglichkeit gibt, „Nein" zu sagen — und akzeptiert, was dieses „Nein" zur Folge haben kann.

Quellenverzeichnis

1. Verfassung der Republik China (1947), englische Fassung auf der Website des Justiz-Yuan, https://legal.judicial.gov.tw/LAWENG//FLAW/dat02.aspx?lsid=FL000001
2. Verfassung der Volksrepublik China (Revision 2018), englische Fassung auf der Website des Nationalen Volkskongresses, http://en.npc.gov.cn.cdurl.cn/2018-03/11/c_1145393.htm
3. Nationaler Volkskongress, „Amendment to the Constitution of the People's Republic of China" (2018-03-11), http://en.npc.gov.cn.cdurl.cn/2018-03/11/c_1145428.htm
4. Website des Nationalen Volkskongresses, „National People's Congress", http://en.npc.gov.cn.cdurl.cn/2021-10/26/c_670999.htm
5. Xinhua, „Deputies to 14th NPC broadly representative", 2023-02-25, https://english.www.gov.cn/news/topnews/202302/25/content_WS63f9670ac6d0a757729e736b.html
6. Xinhua, „Observing China's whole-process people's democracy at "two sessions"", 2023-03-11, http://en.people.cn/n3/2023/0311/c90000-10220422.html
7. Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, „Statistisches Kommuniqué über die Partei" (Stand 31. Dezember 2023), über Xinhua vom 2024-06-30, http://en.people.cn/n3/2024/0701/c90000-20187351.html
8. Mao Zedong, „Einige Fragen zu den Methoden der Führung", 1. Juni 1943, Ausgewählte Werke Mao Zedongs, Bd. III, https://MarxistLeninists.org/Mao/QCML43.html
9. Xi Jinping, „Die Arbeit der Politischen Konsultativkonferenz stärken und die konsultative Demokratie entwickeln", englische Fassung auf der Website der Politischen Konsultativkonferenz, http://en.cppcc.gov.cn/2024-08/30/c_1022444.htm
10. Xinhua, „Xictionary: Whole-process people's democracy", wiedergegeben auf der Website des Justizministeriums, http://en.moj.gov.cn/2024-03/05/c_967573.htm
11. Jean-Pierre Cabestan, „Xi Jinping and China's whole-process democracy: A new form of consultative Leninism", *China Information* (2025), https://zenodo.org/records/17296000/files/Xi-jinping-and-china-s-whole-process-democracy-a-new-form-of-consultative-leninism.pdf
12. Auslegung Nr. 261 des Justiz-Yuan (1990-06-21), Website des Justiz-Yuan, https://cons.judicial.gov.tw/download/download.aspx?id=395466
13. Shirley A. Kan, Congressional Research Service, *Democratic Reforms in Taiwan: Issues for Congress* (2010-05-26), https://archive.org/stream/370732-democratic-reforms-in-taiwan-issues-

for-congress/370732-democratic-reforms-in-taiwan-issues-for-congress_djvu.txt
14. Isle of Time, „The End of Mobilization and the Remaking of Parliament", https://isleoftime.com/en/volumes/end-of-mobilization-period
15. „Tangwai", Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/Tangwai
16. „Eternal Parliament", Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/Eternal_Parliament
17. „History of Taiwan (1945–present)", Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/History_of_Taiwan_(1945%E2%80%93present)
18. Linda Gail Arrigo, „The Social Origins of the Taiwan Democratic Movement: The Making of Formosa Magazine, 1979", https://thewildeast.net/2011/08/the-social-origins-of-the-taiwan-democratic-movement-the-making-of-formosa-magazine-1979/
19. CivilResistance.info, „Taiwan, 1970s and 1980s", https://civilresistance.info/taxonomy/term/118
20. Chronicles of Modern China, „Taiwan's 2024 Elections and Lai Ching-te's Inauguration", https://www.cmcarchive.org/events/taiwan-2024-election-lai-ching-te
21. Taiwan Today, „Lai Ching-te wins 2024 Taiwan presidential election", 2024-01-15, https://www.taiwantoday.tw/Politics/Top-News/247292/Lai-Ching-te-wins-2024-Taiwan-presidential-election
22. Außenministerium, *Taiwan Today* (englische Ausgabe), „Kaohsiung City Mayor Han Kuo-yu recalled in Taiwan", https://nspp.mofa.gov.tw/nsppe/content_tt.php?unit=2&post=178921&unitname=taiwantoday&postname=kaohsiungcitymayhankuoyurecalledintaiwan
23. Freedom House, *Freedom in the World 2025*, Bericht über die ROC (Taiwan), https://freedomhouse.org/country/taiwan/freedom-world/2025
24. Radio Free Asia, „Freedom on the wane around the world: report", 2025-02-26, https://radiofreeasia-radio-free-asia-prod.web.arc-cdn.net/english/asia/2025/02/26/asia-freedom-house-annual-report-2025/
25. Hanna Pitkin, *The Concept of Representation* (University of California Press, 1967) (Buch, kein Online-Link)
26. Samuel P. Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century* (University of Oklahoma Press, 1991) (Buch, kein Online-Link)
27. China Orbit, „Chinese Communist Party", https://www.chinaorbit.com/article/china-communist-party
28. CNN-Chronologie zur ROC (Taiwan), wiedergegeben vom Georgia College, https://abacus2.gcsu.edu/jfyao/chronology-Taiwan.htm
29. Bernard Manin, *The Principles of Representative Government* (Cambridge University Press, 1997) (Buch, kein Online-Link)

Downloads

Auch verfügbar auf: 繁體中文 · English · Français · Español